



## Wie weiter nach den Großdemonstrationen vom 3. April: **Soziale Rechte verteidigen – Widerstand ausweiten**

**500.000 Menschen gingen am 3. April bundesweit auf die Straße. Wir, die wir uns – endlich – wehren, sind verdammt viele!**

Wir wehren uns gegen eine Politik, die immer mehr von uns in die Armut treibt; die Arbeitslosigkeit schafft, anstatt sie zu bekämpfen; die uns krank macht, weil die Gesundheitsversorgung immer teurer wird; die an der Bildung unserer Kinder spart; die uns eine graue, kalte Zukunft verspricht.

Diese Politik ist nicht allein das Projekt der rot-grünen Regierung. Denn grundsätzlich sind sich alle Parteien einig. Einig untereinander und einig mit den Arbeitgeberverbänden: Soziale Sicherung, ein Gesundheitssystem, das diesen Namen verdient, Bildung, angemessene Löhne und Gehälter, die derzeitige Arbeitszeit – das alles ist zu teuer. „Reformen müssen her“, fordern sie. Die Agenda 2010 des Kanzlers geht CDU und FDP nicht weit genug. Die Gewerkschaftsfeindlichkeit von SPD und Grünen ist den Arbeitgebern noch nicht feindlich genug. Wir sollen gefälligst den „Gürtel (noch) enger schnallen“ und noch „flexibler“ werden.

### Warum und für wen?

Ist der „Sozialstaat“ (der nie so sozial war, wie er vorgab) wirklich nicht mehr bezahlbar? Tatsächlich fehlt dem Staat Geld. Denn seit Antritt der Kohlregierung verzichtet der Staat in immer größerem Maß auf Einnahmen. Den Unternehmen, besonders den großen, werden immer weniger Steuern abverlangt. „Das muss so sein“, heißt es

von Seiten der Politik und der Arbeitgeber. Nur so „bestehe die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt“, nur so würden „neue Arbeitsplätze geschaffen“. Schade nur, dass genau dieses Versprechen sich seit über 15 Jahren als schlichtweg falsch erweist: Mag sein, dass sich die Position deutscher Unternehmen verbessert hat, die arbeitende Bevölkerung hatte jedoch nicht den geringsten Vorteil davon. Das Märchen, wenn es den Unternehmern gut geht, gehe es uns allen gut, bleibt auch dann ein Märchen, wenn es zwei Jahrzehnte lang wöchentlich immer wieder erzählt wird...

Tatsache ist: Den Klassenkampf hat das Kapital nie unterbrochen. Es will ein immer größeres Stück vom Gesamtreichtum der Gesellschaft. Das hat es auch bekommen. Und genau deshalb fehlt das Geld für höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit, für eine vernünftige Grundsicherung bei Arbeitslosigkeit, für höhere Renten, für Medikamente und ein funktionierendes Bildungssystem.

„Aber die Globalisierung verändert doch alles!“ Hinter dem Schlagwort „Globalisierung“ verbirgt sich nichts anderes, als dass die ganze Welt Handelsplatz der großen Unternehmen ist. Da werden Waren, Aktien, Informationen und Menschen mit ihrer Arbeitskraft gehandelt. Dieser Handel ist nicht neu, neu ist nur, dass er 1. sehr schnell, und 2. (fast) frei von staatlicher Einflussnahme abläuft, sowie 3. nahezu alle Lebensbereiche (z.B. auch Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung

usw.) durchdringt. Der internationale Austausch von Gütern, Informationen und Kultur ist nichts, was an sich schlecht ist. Unter kapitalistischen Bedingungen aber zählt allein der größtmögliche Profit und das Ausschalten der KonkurrentInnen. Solange alles den Gesetzen des Marktes unterworfen ist, wird die Menschenwürde stets mit Füßen getreten werden. Wirtschaft muss den Menschen – allen Menschen – dienen. Das wird nur geschehen, wenn die Macht des Kapitals gebrochen wird.

### Wahlen ändern nichts!

Dass die nächsten Wahlen nichts ändern werden, gleich wie sie ausgehen, haben bereits jetzt viele Menschen erkannt. Die große Koalition der sozialen Eiszeit wird an der Macht bleiben. Egal, ob Schröder oder Merkel die Regierung führen, die Prinzipien ihrer Politik sind die gleichen. Sie unterscheiden sich nur im taktischen Vorgehen.

Also eine neue Partei gründen? Die Geschichte von Grünen und PDS hat deutlich gezeigt: Parteien, die nicht von einer starken Bewegung kontrolliert werden, machen den gleichen Mist, den sie einst bekämpfen wollten. Bei den Grünen erleben wir das bundesweit, bei der sich mal „sozialistisch“ nennenden PDS sehen wir ins Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, wie tief „linker“ Parlamentarismus sinken kann.

Die Diskussion um eine „neue Linkspartei“ demonstriert die Enttäuschung von der SPD und drückt den Wunsch nach einer politischen Alternative aus. Natürlich ist es richtig, die SPD zu verlassen! Ihr in jeglicher Hinsicht die Unterstützung zu verwehren. Diese Partei lässt sich auch nicht zu einem Instrument für die Interessen der arbeitenden (und arbeitslosen) Menschen reformieren.

Aber auch die Wiederbelebung sozialdemokratischer Politik durch eine neue „Linkspartei“ wird nicht funktionieren. Das alte sozialdemokratische Konzept aus den 70er Jahren hat ausgedient. Heutzutage ist das Kapital nicht mehr bereit, große Stücke des gesellschaftlichen Reichtums kampflos abzugeben, um den sozialen Frieden zu erkaufen. Heute muss den wirtschaftlich Mächtigen alles in harten Kämpfen abgerungen werden.

Statt auf irgendeine Partei zu vertrauen, müssen wir selbst aktiv werden: auf der Straße, im Betrieb, in Arbeitsloseninitiativen, in Schule und Universität, in politischen Basisgruppen und außerparlamentarischen Organisationen.

### Wie weiter, DGB?

So machtvoll die Massendemonstrationen am 3. April waren, so schnell sind sie anscheinend verpufft. Zwei, drei Tage später „entdeckte“ der ehemalige Hamburger SPD-Bürgermeister von

>>> weiter auf S. 2 >>>



Dohnanyi, dass eigentlich nur das „Milliardengrab Ostdeutschland“ Schuld an der Misere sei. Und die öffentliche politische Diskussion nahm einen anderen Verlauf, als der Erfolg der Demos anfangs erwarten ließ. Aber das war ja vielleicht auch der Zweck der Dohnanyi-Äußerungen...

Jedenfalls zeigt das: Es reicht nicht aus, nur einmal auf die Straße zu gehen und zu hoffen, dass die Regierung auf diese Warnung sofort reagiert. Aber die Gewerkschaften haben noch weitaus stärkere Machtmittel: Wir unterstützen die Forderung nach einem befristeten Generalstreik, wie sie z.B. vom „Netzwerk für eine kritische und kämpferische ver.di“ erhoben worden ist.

Denn wir müssen von den Unternehmern und ihren politischen Vertretern eins auch lernen lernen: gute (internationale) Organisation, massives Werben für unsere Forderung und konsequenter (Klassen-)Kampf mit radikalen Forderungen. Und wir sollten genau so „rücksichtsvoll“ mit den Unternehmern umgehen, wie sie es mit uns tun...

Der Mobilisierungserfolg der Demos deutet darauf hin, dass die Stimmung an der Basis für eine schärfere Gangart reif ist. Die Aktivität von unten ist aber auch hier der entscheidend: Denn nur dann kann die Gewerkschaftsführung weitergehende Kampfmaßnahmen erreichen. Der Druck von unten macht den FunktionärInnen, die ehrlich kämpfen wollen, Mut. Anderen sei sie eine Warnung: Die Funktionäre, die sich vor jeder Bewegung fürchten, jeden Kampf bremsen wollen, gibt es nämlich auch noch: DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer sitzt z.B. im Aufsichtsrat der Bundesanstalt für Arbeit und seit 1986 im Parteivorstand der SPD – und hat allen Maßnahmen, gegen die sich die Demos vom 3. April richteten, zugestimmt und damit mit zu verantworten.

## Widerstand – mit welchem Ziel?

Sozialabbau hat einen Namen: Agenda 2010 heißt das vorrangige Projekt von Unternehmern und Regierung. Dass eine neue soziale Bewegung sich gegen die Agenda 2010 wendet, ihre Stopp bzw. ihre Rücknahme fordert, ist voll und ganz richtig. Aber im Kampf gegen die Agenda 2010 werden wir schnell merken, dass das Problem grundlegend ist: Denn so, wie sich die sozialdemokratische Illusion der 70er Jahre erledigt hat, hat sich auch die Illusion eines „gezähmten Kapitalismus“ erledigt. Hinter der Agenda 2010 steht nichts anderes, als das neoliberale Programm des Kapitals in seiner ganzen Macht und

# Solidarität statt Spaltung

**Je schärfer die soziale Auseinandersetzung wird, um so mehr nehmen die Versuche zu, uns zu spalten. Lassen wir das nicht zu!**

## Muss Arbeit billiger werden?

Politiker und Arbeitgeber warnen, dass in Polen, Tschechien oder wer weiß wo die „Arbeit billiger“ sei.

Zum einen ist die Armut der meisten Menschen in diesen Ländern nun wahrlich nicht erstrebenswert.

Zum zweiten wird, wenn in Deutschland das Lohnniveau Polens erreicht ist, irgend jemand auf den Gedanken kommen, dass die Gehälter in Äthiopien noch niedriger sind („wir müssen konkurrenzfähig sein“).

Zum dritten ist es der billige Versuch, die arbeitenden Menschen verschiedener Länder gegeneinander auszuspielen.

## Die Arbeitslosen müssen nur motiviert werden?

Wenn keine Arbeitsplätze angeboten werden, kann auch noch so großer Druck auf die Erwerbslosen die Arbeitslosigkeit nicht senken. Es geht um etwas ganz anderes:

1. sollen so viele Menschen wie möglich aus der Arbeitslosenstatistik herausgedrängt werden in diese Billigjobs, in die Scheinselbstständigkeit oder zurück an Heim und Herd.

2. richtet sich der Druck auf die Erwerbslosen genauso gegen die (noch) Beschäftigten. Sie sol-

len Tarifrechte preisgeben, Lohndumping akzeptieren, sich trotz Krankheit zur Arbeit schleppen und sich nicht mehr trauen, gegen diese Zumutungen zu protestieren.

Treten wir dem Märchen von den faulen Arbeitslosen mit aller Schärfe entgegen! Nicht Erwerbslose müssen bekämpft werden, sondern die Massenarbeitslosigkeit. Zum Beispiel, indem die vorhandene Arbeit durch kürzere Arbeitszeit auf alle, die arbeiten wollen, verteilt wird – bei vollem Lohnausgleich.

## Die Rentner liegen uns auf der Tasche?

Nein! Zwar hat sich das Altersgefüge tatsächlich verschoben, aber gleichzeitig hat sich auch die Produktivität enorm erhöht. Geld für angemessene Renten ist genug da. Es ist nur in den falschen Händen! Die Propaganda von der ungünstigen Alterspyramide soll davon ablenken und uns in Rentner und Junge spalten.

## Der Aufbau Ost ruiniert uns?

Die Unternehmen haben durch das Plattmachen der DDR-Industrie und die dort geltenden niedrigen Löhne enorme Gewinne gemacht. Diese Gewinne sind in private Taschen geflossen. Der Aufkauf der DDR wurde aus Steuern bezahlt. Das sollten wir nicht vergessen und uns nicht in „Ossis“ und „Wessis“ spalten lassen.

Schärfe. Wir haben die Wahl, diesen Kapitalismus zu akzeptieren oder grundlegend über seine Überwindung nachzudenken. In einer kapitalistischen Welt wird immer der Profit über der Würde des Menschen stehen, wird die Macht des Geldes immer die demokratischen Freiheiten beschneiden, wird immer der Starke und Reiche versuchen, auf Kosten anderer noch reicher zu werden, wird Profitstreben und Konkurrenz zu Gewalt und Krieg führen. Viele von uns wissen das sehr genau. Sie sehen aber – nach dem Scheitern und den Verbrechen der angeblich „sozialistischen“ Staaten - zu Marktwirtschaft/Kapitalismus keine Alternative.

Aber die Zukunft im Kapitalismus ist so düster, dass der Kapitalismus auch keine Alternative, keine Zukunft für uns sein kann.

**Wir behaupten nicht, einen fertigen Plan zu haben, ein wundervolles Konzept für eine bessere Gesellschaft, in der alle Probleme gelöst sind. Aber wir behaupten, dass eine neue soziale Bewegung auch über eine Zukunft ohne Kapitalismus nachdenken sollte, demokratische und sozialistische Alternativen zu ihm entwerfen, diskutieren und für sie kämpfen muss.**



**„Unsere Überzeugung war und ist, dass diese Gesellschaft revolutionär verändert werden muss und dass die hierfür notwendige gesellschaftliche Gegenmacht nicht allein aus spontanen Bewegungen bestehen kann, sondern die Beteiligung revolutionärer Organisationen braucht.“**

(aus dem AVANTI-Grundsatzpapier, 11.12.1999)

**www.avanti-projekt.de**  
**info@avanti-projekt.de**

**KIEL:** c/o Ini-Zentrum, Schwefelstr. 6, 24118 Kiel, kiel@avanti-projekt.de

**HAMBURG:** c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg, hamburg@avanti-projekt.de

**NORDERSTEDT:** c/o SZ, Ulzburger Str. 6, 22850 Norderstedt, norderstedt@avanti-projekt.de

**LÜBECK:** c/o ALZ, Schwartauer Allee 39/41, 23554 Lübeck, luebeck@avanti-projekt.de

**FLENSBURG:** c/o Schlachtereier, Norderstr. 135, 24939 Flensburg, flensburg@avanti-projekt.de